

Stadtverordnete Christiane Loizides, CDU:

Frau Vorsteherin,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Und sie dreht sich doch - die schwarz-grüne Koalition wird ihre erfolgreiche Arbeit zur Entwicklung und Absicherung des Wirtschaftsstandortes Frankfurt/Rhein-Main fortsetzen, und zwar nachhaltig.

(Beifall)

Der Bezug, der den gemeinsamen Anträgen der Koalition unter dem Oberbegriff „Entwicklung von Gewerbegebieten“ zugrunde liegt, ist zunächst ein innerörtlicher. Unsere Stadt verfügt über große Potenziale in wirtschaftlicher, industrieller und wissenschaftlicher Hinsicht und die Ressource Mensch erfreulich vielfältig vorhanden. Was in Frankfurt dagegen knapp ist, ist die Fläche des Stadtgebiets. Dieses Problem haben wir in letzter Zeit unter dem Gesichtspunkt eines verträglichen und auskömmlichen Miteinanders von Wohnen und Arbeiten, der Sicherung von Industriearbeitsplätzen im Osthafen, mehrfach erörtert.

Für eine vernünftige und flächenschonende Bewirtschaftung der knappen Ressourcefläche in Frankfurt spricht aber der weitere verbrauchs determinierende Faktor, dass nachhaltige Mahnungen aus Wissenschaft und Forschung uns zu der Einsicht führen, mit den Vorgaben der Natur muss schonender umgegangen werden, als es in der Vergangenheit der Fall war. Um die Erde für künftige Generationen bewohnbar und heute für uns eine gesunde Umgebung zu erhalten, ist es notwendig, die Qualität von Luft und Wasser zu sichern und schädigende Emissionen steuerbar zu machen.

(Beifall)

Diesen Zielen, flächen- und ressourcenschonende Steuerung von Gewerbe und Wirtschaft nicht nur durch den Einsatz moderner Technik, sondern auch durch die Erarbeitung von problemübergreifenden Konzepten, die räumlich funktional auf die Bedarfe der Bevölkerung im wirtschaftspolitischen Kontext abgestimmt sind, hat sich die schwarz-grüne Koalition seit ihrer Arbeitsaufnahme im Jahre 2006 gewidmet. So wurde 2008 das Einzelhandels- und Zentrenkonzept beschlossen, dass die räumlich-funktionale Steuerung der Nahversorgung der Bewohner des Stadtgebietes zum Gegenstand hat. Dieses hochinteressante wirtschaftspolitische Steuerungsinstrument liegt dem Stadtparlament derzeit zur Überprüfung auf seine Effizienz vor und ist mit Sicherheit eine eigene Diskussionsrunde wert.

Heute, meine Damen und Herren, liegen uns zwei Anträge der Fraktionen der CDU und der GRÜNEN vor, die die Ausweisung und Entwicklung der für unsere Arbeitsplatz- und Einnahmesituation wichtigen Gewerbegebiete in Anerkennung der Vorgaben und Zwänge schonenden Umgangs mit Flächen und Umweltressourcen vorantreiben sollen. Mit der Vorlage NR 247 fordern wir den Magistrat auf zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, in Kooperation mit Umlandgemeinden - wir haben 21 - interkommunale Gewerbegebiete zu entwickeln. Regelungen über die Aufteilung anfallender Entwicklungskosten und der zu erzielenden Einnahmen sind zu prüfen. Ein Ergebnisbericht soll uns vorgelegt werden. Den Skeptikern dieses Ansatzes zur regionalen Zusammenarbeit sei gesagt, dass dieser Versuch vernünftiger regionaler Planung keine grundsätzlich neue Idee und vor dem Hintergrund des Strukturwandels im Industrie-, Gewerbe- und Dienstleistungsbereich überfällig ist. Der Bund hat uns im Raumordnungsgesetz aus dem Jahre 2008 aufgegeben, überörtlich unterschiedliche Anforderungen an den Raum aufeinander abzustimmen und dabei

auftretende Konflikte auszugleichen. Die nachhaltige Daseinsvorsorge soll gesichert, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Innovationen wie Entwicklungspotenziale gefördert werden. Der Regionalverband Frankfurt/Rhein-Main nach dem Hessischen Gesetz über die Metropolregion dient unter anderem der Schaffung von vernetzten Strukturen in der Region. Diesem Ziel dient auch der im letzten Jahr in Kraft getretene Flächennutzungsplan für den Ballungsraum.

Meine Damen und Herren, warum greife ich auf diese Vorgaben des Bundes und des Landes zurück? Um den Hintergrund der Vorlage NR 247 zu verdeutlichen. Der eine oder andere könnte, wie im Wirtschaftsausschuss angeklungen, auf die Idee kommen, hier habe ein schwarz-grünes Huhn gegackert und ein Hirngespinnst produziert. Dem ist aber nicht so, liebe Kolleginnen und Kollegen. Eine räumlich strukturell gegliederte regionale Zusammenarbeit bei der Verteilung und Entwicklung von Gewerbeflächen ist zukunftsweisend unausweichlich.

(Beifall)

Die CDU-geführte Bundesregierung und die CDU-geführte Landesregierung haben die Ziele vorgegeben. Kommunen mit knappen Flächenressourcen wie Frankfurt können sich an einer Ansiedlung von Betrieben in Kommunen mit eigenem Flächenpotenzial, aber ohne die erforderlichen Finanzmittel beteiligen. Durch den größeren Einzugsbereich entstehen attraktivere Gewerbegebiete, der Flächenverbrauch, auch zur Erschließung und Verkehrsführung, erfährt dabei eine optimale Steuerung, und die Ansiedlung von Großunternehmen im Ballungsraum kann gefördert werden. Dabei sollte man nicht übersehen, dass, wie so oft, der Teufel im Detail steckt. Die passende Rechtsform muss gefunden werden - Zweckverband -, auch eine Einigung über den Kosten-Lasten-Ausgleich und die Verteilung der Gewerbesteuererinnahmen muss herbeigeführt werden. Die Akzeptanz in der Bevölkerung ist zu bedenken. Wir sehen also dem beauftragten Magistratsbericht mit Spannung entgegen.

(Beifall)

Und nun zur Vorlage NR 248. Damit fordern wir den Magistrat zur modellhaften Entwicklung eines nachhaltigen Gewerbegebietes auf. Ökologische und ökonomische Kriterien sollen sinnvoll miteinander verknüpft, der Flächen- wie der Energieverbrauch minimiert werden. Die Schadstoff- und Lärmemissionen sollen zur Verbesserung der Lebensqualität auch künftiger Generationen vermindert und ein nachhaltiges Wassermanagement eingeführt werden. Synergiepotenziale werden nicht, wie im Wirtschaftsausschuss zu vernehmen war, von allen Teilnehmern des Gewerbemarktes selbstverständlich erkannt und genutzt. Es herrscht Wettbewerb. Lokale Wertschöpfungsketten entstehen in der Regel nicht zufällig. Vielmehr muss die effiziente Entwicklung und Bewirtschaftung von Gewerbeflächen geplant und beordnet werden. Wir reden hier nicht von den Vorzügen und Eigenheiten der kleinen Kreativwirtschaft. Gewerbebetriebe sind definitionsgemäß eigengewinnorientiert und nicht von vornherein auf die Zusammenarbeit mit anderen, eventuell konkurrierenden Unternehmen ausgerichtet. Eine entsprechende Planung muss erarbeitet, beworben und akzeptiert werden.

Auch dieser Antrag ist im Gesamtkonzept der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zu bewerten. Dieses Konzept der Bundesregierung wurde im Jahre 2002 verabschiedet. Es zielt auf eine rigorose Reduzierung der Flächeninanspruchnahme. Nachhaltigkeit in diesem Sinne bedeutet, vom Ertrag und nicht von der Substanz zu leben. Nur so viel Holz schlagen, wie auch nachwachsen kann. Nachhaltige Entwicklung bedeutet in diesem Kontext, mit Visionen, Fantasie und Kreativität die Zukunft zu gestalten. Die Nachhaltigkeitsstrategie dieses seit nunmehr zehn Jahren existierenden Konzepts beinhaltet Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, sozialen Zusammenhalt, internationale Verantwortung. Dem fühlen wir uns in der Koalition gemeinsam und partnerschaftlich verpflichtet.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Vieles von dem, was mit der Vorlage NR 248 nunmehr modellhaft zusammengeführt und umgesetzt werden soll, haben wir in den vergangenen sechs Jahren bereits erreicht - Herr Paulsen hat es dargestellt -, oder wir haben es auf den Weg gebracht. Aber das strategische Gesamtkonzept, das übertragbar auf beliebige neue Gewerbegebiete sein wird, soll nunmehr erstellt und operativ vorgeführt werden.

Ich schließe mit dem oft geäußerten Appell unserer geschätzten Oberbürgermeisterin Petra Roth: Der behutsame und ehrfürchtige Umgang mit den Gaben der Natur, der Schöpfung, ist ein Grundanliegen der Christlich Demokratischen Union.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall)